

23. DEZ



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84881 - 89
Fernschreiber 8826890

P/XIV/292 - 23. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3 Sperrfrist: 30. Dezember 1959

Die Aufgabe der deutschen Politik 96

Von Erich Ollenhauer,
Vorsitzender der SPD

4 Ostexperten nicht gefragt 30
Duckwitz mußte gehen

4 Zur Nachahmung empfohlen! 15
Staatsgeschenke ins Museum

5 - 6 Moralische Abrüstung 65
Hinter den Kulissen der Bochumer Zechenstilllegungen

7 - 8 Koordinierungsbestrebungen an der Zonengrenze 61
Initiative ging von Braunschweig und Salzgitter aus

* * * *
* * *

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint
am Montag, den 26. Dezember 1959

Sperrfrist: 30. Dezember 1959

Die Aufgabe der deutschen Politik

Von Erich Ollerhauer, Vorsitzender der SPD

Wir wissen es alle: Hinter dem glänzenden und farbenprächtigen Bild dieser Weihnachtstage und den Tagen der Jahreswende liegt eine tiefe Unruhe - wird das neue Jahr die Wende zum Besseren oder zum Bösen bringen? Es wird ein Jahr der internationalen Konferenzen sein. Keine von ihnen wird eine Wunderlösung hervorzaubern; aber werden sie Schritte auf dem Wege der kontrollierten, international vereinbarten Abrüstung und der Entspannung in der Welt sein, oder werden sich am Ende die beiden grossen Machtblöcke waffenstarr und unheilrohend ohne Aussicht auf friedliche Lösung der Sorgen und Probleme gegenüberstehen?

Unsere Hoffnung kann nur in die Richtung eines Erfolges der Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen gehen. Dabei bestimmt uns nicht nur die Furcht vor einer neuen unvorstellbaren Weltkatastrophe, sondern die einfache Überlegung, dass unsere Probleme und Sorgen in Berlin und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nur in einer Atmosphäre der Entspannung und der Befriedung gelöst werden können. Das klingt banal, aber es ist einfach die Wahrheit, es gibt nur diesen einen Weg.

Wir müssen einen eigenen Beitrag leisten

Wenn es so ist, dann müssen wir uns selbst bemühen, unseren Beitrag zu leisten, unseren Beitrag für eine dauerhafte und vertretbare Regelung der Berlin-Frage und für die wenigstens schrittweise herbeizuführende Lösung der Deutschland-Frage. Es geht nicht um die Kapitulation vor den Forderungen und Vorstellungen der kommunistischen Politik in Bezug auf Berlin und Deutschland. Die Freiheit Berlins muss gesichert und die Einheit Deutschlands muss in Freiheit hergestellt werden.

Aber der Sinn von Verhandlungen ist doch, dass man nach Mitteln und Wegen sucht, zu einer für beide Teile akzeptablen Lösung zu

kommen. Wenn hier die Bundesregierung weiterhin passiv bleibt, wenn sie sich nur darauf beschränkt, die alten Vorstellungen immer von Neuem zu präsentieren, dann ist nicht nur sicher, dass die Verhandlungen scheitern, dann besteht auch die Gefahr, dass die grossen Weltmächte sich unter Ausklammerung der deutschen Frage verständigen, das heisst unter Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands. Die Verantwortung dafür, eine solche Entwicklung zu verhindern, liegt in erster Linie bei der Bundesregierung.

Wo bleiben die Pläne der Regierung?

Wir Sozialdemokraten sind wegen unserer Vorschläge im Deutschlandplan angegriffen und verleumdet worden. Das war billig. Wo bleiben aber die eigenen Vorstellungen und Vorschläge der Regierung und ihrer Koalition? Das ist die Frage, die sich mit Beginn des Jahres der Konferenzen mit aller Schärfe stellt.

Es gibt aber noch eine zweite Seite des Problems. Wird die Gefahr eines fortdauernden Wettrüstens, eines Kampfes aller gegen alle abgewendet, dann wird damit das Kapitel der Auseinandersetzung zwischen dem Totalitarismus des Ostens und unseren freiheitlichen Vorstellungen nicht abgeschlossen. In Gegenteil, die Auseinandersetzung wird sich mit aller Schärfe auf das politische, wirtschaftliche und kulturelle Gebiet verlagern. In dieser Auseinandersetzung ist die Abwehr durch antibolschewistische Propaganda unzureichend und sinnlos. In diesem Kampf kann die Demokratie ihre Bewährungsprobe nur bestehen, wenn sie im eigenen Land eine demokratische, freiheitliche und sozial gerechte Ordnung gestaltet.

Heute ist noch alles zu gewinnen

Die innere Ordnung der Bundesrepublik wird zum Prüfungsfeld für die Ernsthafteit der Vorstellungen ihrer Bürger über den Inhalt eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Auch hier haben die gegenwärtige Bundesregierung und ihre Mehrheit im Parlament ihre Aufgabe nicht erfüllt. Versagen sie auch weiterhin, dann wird die Niederlage der Demokratie im weltweiten Kampf der Ideologien unausweichlich. Heute ist hier noch alles zu gewinnen, denn wir haben die materiellen Voraussetzungen für eine Ordnung sozialer Sicherheit

für alle. Wir haben die materiellen Voraussetzungen, um den Kampf um die Entscheidung der Völker in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas im Sinne der Demokratie herbeizuführen, wenn wir ihnen helfen, wirksam und umfassend als Freunde und Partner. Was wir aufgeben müssen, ist nur eins: Die Selbstzufriedenheit und den Egoismus jener Schichten des Grossbesitzes, die heute maßgebend die Politik der Bundesregierung bestimmen.

Diese Aufforderung ist kein moralischer Appell. Er würde selbst in diesen festlichen Tagen auch nicht viel Wirkung haben. Es ist ein Appell an die Einsicht und die Vernunft und an den Willen zur Selbstbehauptung. Das ist ein grosses Wort, aber es entspricht der Lage.

Godesberger Programm zeigt den Weg

Wir Sozialdemokraten haben den Versuch unternommen, in unserem neuen Grundsatzprogramm eine geschlossene Vorstellung von dem politischen Wollen und der Zielsetzung des demokratischen Sozialismus in unserer Zeit unter den spezifischen Bedingungen der deutschen Politik in einem gespaltenen Lande zu entwickeln. Man kann dieses Programm ablehnen, aber man kann nicht bestreiten, dass hier ein ernsthafter Versuch gemacht wird, einen Weg zu zeigen, der uns in eine hellere Zukunft für unser ganzes Volk und für alle Menschen führen kann. Dieses Programm wird die Grundlage unserer Arbeit im neuen Jahr sein. Es wird uns Richtschnur sein für die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes im Jahre 1961. Wir wissen, dass es harte Arbeit, Mut, Verantwortungsbewusstsein und Glauben an den Menschen erfordert, um dieses Programm in die Wirklichkeit zu überführen. Aber es weist uns den Weg aus dieser chaotischen Zeit in eine Ordnung, in der alle Menschen ohne Not und ohne Furcht, in gesicherter Freiheit im Innern und nach Aussen leben können.

Unsere Hoffnung ist, dass alle Menschen, die guten Willens sind, uns durch ihr Bekenntnis zu diesen Grundsätzen und durch ihre Mitarbeit die Kraft und die Macht geben, um eine glücklichere und friedliche Zukunft unseres Volkes aufzubauen und zu sichern.

+ + +

Ostexperten nicht gefragt

sp - Für Ostexperten ist im Bonner Auswärtigen Amt kein Platz mehr. Das beweist wieder einmal der Fall Duckwitz. Duckwitz ist ein anerkannter Fachmann in Ostfragen, vor vielen ob seiner Objektivität und der Unabhängigkeit seiner Gedanken hochgeschätzt - nur nicht vom Bundeskanzler Adenauer, den solche Tugenden in seinen Bereichen ein Grauel sind. Duckwitz leitete die Vorbereitungsarbeiten für die Genfer Konferenzen im Frühjahr und Sommer dieses Jahres. Er hatte auch Vorschläge zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen vorgelegt, mit denen sein nomineller Chef Brentano einverstanden war. Auf Druck des Kanzlers mussten diese Vorschläge von der westdeutschen Delegation zurückgenommen werden. Schon damals sprach man davon, die Tage Duckwitz' als Haupt der Ostabteilung seien gezählt. Nun ist seine Uhr abgelaufen, der Kanzler gab wieder einmal ein Beispiel, dass er im Umgang mit der Macht, wie er selbst in Düren sagte, nicht "pingelig" ist. Er lässt seine Macht auch die Minister spüren, sie sind in seinen Augen nur Erfüllungsgehilfen, wobei freilich von Brentano zu den fügsamsten zählt. Duckwitz ist seinerzeit von Brentano ins Auswärtige Amt berufen und mit der Leitung der Ostabteilung betraut worden. Der gleiche Brentano muss es sich nun gefallen lassen, dass er durch die Entfernung Duckwitz als Leiter der Vorbereitungsgruppe für die kommenden Gipfelkonferenzen von Ostexperten nahezu entklosst wird. Boris Weissner ging, von Kessel quittierte freiwillig seinen Dienst und nun muss auch Duckwitz gehen. - Das Ganze ist ein Skandal. Die deutsche Politik steht in den kommenden Monaten vor ihrer grössten Bewährungsprobe, Ost-West-Verhandlungen werden die politische Aktivität bestimmen und in dieser Phase entfernt Adenauer Männer von verantwortlichem Posten, auf deren Fachkenntnis man nicht verzichten sollte. Adenauer tut es, womit er wieder einmal vor aller Welt kundtut, dass ihm an einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen nichts gelegen ist.

+ + +

Zur Nachahmung empfohlen !

sp - Hier ist eine gute Gelegenheit für die Bundesregierung, ihre allezeit geübte Praxis fortzusetzen, sich möglichst eng an die nordamerikanische Politik anzulehnen: Präsident Eisenhower hat angeordnet, dass alle Geschenke, die ihm während seiner "kleinen Weltreise" überreicht wurden, einem Museum zugeführt werden. Überdies hat der Präsident alle seine Begleiter aufgefordert, auch ihre Geschenke abzuliefern und damit genau das zu tun, was für Angehörige des amerikanischen Auswärtigen Dienstes seit langen gilt. - Wirklich, die Bundesregierung sollte sich diesem Vorbild anschliessen und Gastgeschenke, die sie jenseits der deutschen Grenzen entgegennahm, den Staatsbürgern zugänglich machen. Einmal, weil wahrscheinlich diesen Staatsbürgern die Geschenke mindestens so zugedacht waren, wie ihren Repräsentanten, und zum anderen, weil wirklich nicht einzusehen ist, weshalb Präsenkte sozusagen "staatlicher" Natur in den Domizilen unserer staatlichen Würdenträger verborgen werden.

- + +

Moralische Ausrüstung

H.N. - Am 10. Dezember hatte es der Vorstand der größten bundesdeutschen Bergwerksgesellschaft, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. (GBAG) nach mehrmaligem Anlauf geschafft: Der GBAG-Aufsichtsrat beschloß, gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die Stilllegung der drei Bochumer Zechen "Prinz Regent", "Engelsburg" und "Friedlicher Fachbar". Diese drei Zechen gehören zur GBAG-Tochtergesellschaft "Bochumer Bergbau AG." (BRAG). Ihre Stilllegung erfolgt - gegen den Widerstand der IG Bergbau und der Betriebsräte - aus Gründen der dauernden Unrentabilität. So teilte es jedenfalls die GBAG der Presse und den betroffenen Belegschaften mit.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht mit den wirtschaftlichen Gründen, die zu dieser Stilllegungsaktion geführt haben, auseinandersetzen, sondern uns einmal die Methoden zuwenden, mit der diese Aktion von den GBAG-Managern vorbereitet wurde. Das ist nicht nur interessant, sondern geradezu bedeutsam dafür, wie wenig sich doch im Grunde genommen die negative Einstellung gewisser Unternehmer gegenüber den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften geändert hat. Heinrich Guter-muth, der 1. Vorsitzende der IG Bergbau und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der GBAG, hat darüber am 12. Dezember in einer Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre der drei stilllegungreifen Zechen einige bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Mit dem Satz: "Ich habe Herrn Dütting vorzuwerfen ...", rechnete er mit GBAG-Generaldirektor Bergassessor a.D. Hans Dütting und seinem Vorstand schonungslos ab.

Es stellte sich dabei heraus: Am 14. Oktober hatte Dütting durch seinen Vorstand die Stilllegung beschließen lassen - wie wir erfahren, gegen die Stimme des Arbeitsdirektors Paul Koch! -, obwohl er 24 Stunden vorher in einer Aufsichtsratssitzung gegenüber Guter-muth nichts von dieser geplanten Stilllegung berichtet hatte. War schon dieses Verhalten eine Provokation der Arbeitnehmervertreter im GBAG-Aufsichtsrat, so tat Dütting noch ein übriges, um das Maß vollzumachen. Er versprach Guter-muth, nach dessen sofortigem Protest gegen die Stilllegungen, nichts in dieser Frage zu tun, bis Heinrich Guter-muth von einigen Auslandsreisen wieder zurückgekehrt war. Dazu der Bergarbeiterboß

vor seinen Funktionären in Bochum: "Er hat dieses Versprechen gebrochen!"

Es entbehrt natürlich nicht einer gewissen Pikanterie, daß Dütting als aktiver Freund der "Moralischen Aufrüstung" bekannt ist und eine der Thesen dieses Partnerschafts-Klubs die "absolute Ehrlichkeit" ist. Einige GBAG-Kumpel reisten übrigens just zu der Zeit, da ihr "General" die Stilllegungsmanöver in Bochum einleitete, mit der "Moralischen Aufrüstung" in Großbritannien herum, um das Stück "Neue Hoffnung" aufzuführen. Wenig Hoffnung dagegen dürften die Bochumer Kumpel haben, denen die GBAG-Manager jetzt die Zecken stilllegen. Offenbar will die GBAG dabei für den gesamten Ruhrbergbau den Vorreiter machen. Heinrich Gutermuth wußte jedenfalls zu berichten, daß Düttings-Vorstandskollege Funcke (Gutermuth: "Der kleine Sohn eines großen Vaters") in Unternehmerkreisen lauthals erklärt hatte, daß die GBAG vorzucken würde, wie man Zecken stilllegt.

Unter solchen Aspekten kann es dann auch weiter nicht verwundern, wenn man in Bochum nachdenklich von einem Brief spricht, den Bochums SPD-Oberbürgermeister Heinemann von Düttings kaufmännischen Vorstandskollegen Tange in Sachen Zeckenstilllegung erhalten haben soll. OB Heinemann hatte sich mit großer Aktivität gegen die GBAG-Absichten gewandt und damit gegen die Meinung seines obersten Dienstherrn Tange opponiert. OB Heinemann ist nämlich kaufmännischer Angestellter im GBAG-Konzern und Betriebsratsmitglied. Briefschreiber Tanges Zeilen waren immerhin so gewichtig, daß sie eine ausführliche Aussprache zwischen OB Heinemann und Tange auslösten.

Zu diesen Vorgängen bei der GBAG bleibt eigentlich nicht mehr viel zu sagen, denn die Haltung der Dütting, Tange und Funcke und Co. zeigt doch deutlich: Diese Unternehmer haben sich nicht geändert. Der frühere GBAG-Chef Kirdorf hätte jedenfalls helle Freude an seinen Nachfolgern, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben.

Koordinierungsbestrebungen an der Zonengrenze

E. P. Braunschweig

In Braunschweig kam es jetzt zur Bildung eines Arbeitsausschusses zur Koordinierung der Wohnbautätigkeit und der Flächennutzungsplanung in und um Braunschweig. Von Salzgitter und Braunschweig gingen schon vor längerer Zeit Bestrebungen aus, die auf die Zusammenfassung eines wirtschaftlichen Interessengebietes in dem Dreieck "Braunschweig-Wolfsburg-Salgitter" hinzielen.

Der tiefere Anlass für die Konstituierung dieses Arbeitsausschusses war das Nichtvorhandensein von geeignetem Baugelände besonders für Eigenheiminteressenten. Weil diese nunmehr gezwungen sind, sich in angrenzenden Landgemeinden anzusiedeln, will man nunmehr die Koordinierung der Wohnbautätigkeit und aller damit zusammenhängenden Aufgaben herbeiführen. Die Wohnungsbauplanung wie auch die wirtschaftliche Konsolidierung im südniedersächsischen Raum mit den Schwerpunkten Braunschweig-Salgitter-Wolfsburg kann niemals ein lokal begrenztes Problem bleiben, - vielmehr gilt es, gemeinsam an einem Strick zu ziehen und eine echte Sanierung dieses bedeutenden Zonengrenzgebietes durchzuführen.

Die Anknüpfung dieses Raumes an die Autobahn durch einen millionenschweren Ausbau eines Autobahnzubringers von Braunschweig über das "niedersächsische Ruhrgebiet" in Salzgitter bis nach Grasdorf ist eine der wichtigen Voraussetzungen zur Koordinierung gemeinsamer wohnungsbau- und wirtschaftspolitischer Interessen. Zur Lösung des Verkehrsproblems bedurfte es auch des weiteren Ausbaues des bedeutenden "Umschlagbahnhofes" in Braunschweig, was nunmehr ebenfalls eine Tatsache geworden ist.

Die gemeinsame wirtschaftspolitische Ausrichtung im südlichen Niedersachsen kann und darf sich nicht in Form einer wirtschaftlichen Machtkonzentration entwickeln. Dafür sind auch die einzelnen Landkreise strukturell zu verschiedenartig. Ein Strukturwandel

zeichnet sich bis auf die Ausnahme des Braunkohlenreviers Helmstedt in weiterer Zukunft nicht ab. Bei dem gegenwärtigen Volumen der Ausbeutung im Braunkohlenrevier an der Zonengrenze zwingt sich aber heute schon die Überlegung auf, sich durch Ansiedlung neuer Industriezweige abzusichern. Gerade im Schatten der Zonengrenze muss dafür gesorgt werden, dass hier stets gute soziale Lebensverhältnisse herrschen.

Der Ausbau des Nah- und Fernverkehrs in diesem südniedersächsischen Raume auf der Schiene wie auf der Strasse ist die Grundlage, auf der zum Wohle der hier lebenden Menschen arbeitsmarktpolitisch wie auch wirtschaftspolitisch aufgebaut werden kann. Das noch immer wirtschaftlich vorwärtstrebende Salzgitter, das als bereits grösstes deutsches Erzzenrum durch Erschliessung eines neuen Erzhorizonts noch mehr Bedeutung erlangen wird, klagt bereits über einen Kräftermangel im Bergbau und - für Facharbeiters- auch in der Hüttenproduktion. Schon heute kommen die Arbeitskräfte täglich aus mehr als 100 niedersächsischen Orten zur Arbeitsstätte in Salzgitter. Gerade Salzgitter bietet künftig relativ gesunde Arbeitsmöglichkeiten, die auch für Pendler - z.B. aus dem weiter entfernten Helmstedter Gebiet - von praktischem Interesse werden könnten, wenn einmal jene nun angestrebte Koordinierung der wohnungsbaupolitischen Interessen alle Schwerpunkte des Raumes Braunschweig erfassen würde.

Der zunächst nur für den engeren Bereich in und um Braunschweig geltenden Koordinierung der Wohnungsbauinteressen sollte nunmehr durch die echte gemeinsame wirtschaftliche Zusammenfassung des Gebietes zwischen dem Harz und der Heide im Schatten der Zonengrenze folgen. Erkennt man in Bonn hierin ein echtes Politikum, dürfte es auch nicht übertrieben erscheinen, die Bundesregierung zu bewegen, den Bestrebungen um wirtschaftlichen Ausbau dieses Grenzgebietes finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel